

Ambulante Pflege: Kollaps des Systems vermeiden

Staatssekretär Büttner besuchte VS-Sozialstation in Fürstenberg



Wenn die brandenburgische Volkssolidarität in absehbarer Zeit die Tarifbindung für ihre Beschäftigten eingeht, führt an der Klärung bedeutender Finanzierungsfragen kein Weg vorbei. Zumindest die dadurch entstehende Differenz bei den Personalkosten, d.h. der Mehraufwand, muss durch die Pflegekassen erstattet werden, darin sind sich die Volkssolidarität und Brandenburgs Gesundheits-Staatssekretär Andreas Büttner einig. Bei einem Besuch in der Sozialstation Fürstenberg (Oberhavel) sagte Büttner Anfang Februar, obwohl schon seit vielen Jahren diese Themen debattiert worden seien, habe sich leider nichts geändert, es sei lediglich an den Symptomen "herumgedoktert" worden. Angesichts der zunehmenden Alterung der Gesellschaft werde die Pflege gerade im ländlichen Raum immer komplizierter. Sollte nicht wirkungsvoll gegengesteuert werden, drohe ein "Drama in der Pflege".

Foto: Gesundheits-Staatssekretär Andreas Büttner (Mitte) besuchte die Sozialstation in Fürstenberg/H.

Es dürfe nicht sein, dass Menschen notwendige Pflegeleistungen ablehnten, weil sie sich diese schlicht nicht leisten könnten, unterstrich der Staatssekretär. In der Pflege drohe derzeit ein bedeutendes Defizit bei den Einnahmen und den gestiegenen Ausgaben. Büttner: "Wenn sich der Staat aus wichtigen Feldern zurückzieht, dann ist das der falsche Weg."

Die Tarifbindung bedeute im Einzelfall, dass eine monatliche Einkommenssteigerung von 300 bis 400 Euro auszugleichen ist, sagte Paul Redel, Geschäftsführer der VS Oberhavel. Dass ein alter Mensch so lange wie möglich in seinen vier Wänden leben kann und gegebenenfalls gepflegt wird, "muss sich unsere Gesellschaft leisten können." Als Sozialverband sei auch die Volkssolidarität an höheren, attraktiveren Gehältern für ihr Pflegepersonal interessiert. Wenn sich die Dinge nicht rasch änderten, seien es aber die Pflegepatienten, die dann deutlich mehr zuzahlen müssten.

VS-Vorstandsmitglied Andreas Heil, zuständig für den Bereich Pflege, sprach von einer Abwärtsspirale, die schon vor Jahren eingesetzt habe. Obwohl die Kosten der ambulanten Pflege (Miet-, Sach-, Pkw-Kosten) steil nach oben gegangen seien, hätten die zugestandenen Leistungsentgelte sich lange Jahre kaum verändert. Hier müsse eine Wende eingeleitet werden, wenn der "Kollaps des Systems" vermieden werden solle. Er mahnte dringend die auskömmliche Finanzierung der ambulanten Pflege an und warnte davor, per Besoldungspolitik die stationäre Pflege auf Kosten der ambulanten zu stärken. Mitarbeiter würden einfach wechseln, wenn die Einkommen der ambulanten Pfleger deutlich hinter denen der Pflegeheim-Mitarbeiter zurückbleiben würden.

Staatssekretär Büttner bestätigte: "Das ist meine große Sorge. Am Ende haben wir nicht mehr Mitarbeiter im System." Er wies darauf hin, dass die Entgelthöhen und Kostenerstattungen in erster Linie "eine Sache der Vertragsparteien" sei, doch sicherte er zu, diesen wichtigen Vorgang im Auge behalten zu wollen. "Kommen Sie auf uns zu, wenn die Verhandlungen hinter Ihnen liegen." Sowohl die Tarifbindung als auch der Sozialverband Volkssolidarität liege ihm am Herzen. Im Namen auch von Sozialministerin Susanna Karawanskij (LINKE) beteuerte er: "Wir

scheuen den Kampf nicht." Die Politik sei gefordert, es sei nicht damit getan, dass die Reichen immer reicher würden.

Die Sozialstation in Fürstenberg wird von Anett La Roche geleitet. Von den 14 Mitarbeitern werden derzeit zwischen 80 und 100 Patienten betreut. Mitunter falle es schwer, bei Wind und Wetter loszuziehen, auch seien die Aufgaben im Einzelfall körperlich anspruchsvoll und Hilfen meist keine vorhanden, sagte Pflegefachkraft Julia Günther. Sie schildete gegenüber dem Staatssekretär das Dilemma. Zu pflegende Patienten (Klienten) würden oft mehr Leistungen benötigen, als ihnen bei der Einstufung zugestanden worden sei. Ihre Kollegen wollten aber ungern der Grund dafür sein, dass Klienten zuzahlen müssen. Die Pflegerin sprach von einer "Zwickmühle", in der an das Mitleid hohe Anforderungen gestellt seien. Denn immer müsse auch die betriebswirtschaftliche Balance gewahrt bleiben. "Ich kann nicht riskieren, mit der Station in die Miesen zugeraten." Es seien auch schon Klienten abgelehnt worden, weil sie zu weit entfernt wohnen würden und sich deren Pflege beim besten Willen nicht in das Programm der Station eintakten ließ. Manche Menschen würden mit drei Körperpflegen pro Woche zufrieden sein, wenn nur die Pflegerin oder der Pfleger danach noch eine Viertelstunde bei ihnen bleiben könnte. Für viele sei der Besuch der Pflegefachkraft der einzigen menschliche Kontakt, den sie am Tag haben.

Das gute Arbeitsklima, die kollegiale Atmosphäre bei den Fürstenberger Pflegern der Volkssolidarität habe bedeutende Kündigungswellen bislang verhindert, sagte Pflegerin Günther. Aber: "Wir hoffen auf den Tarifvertrag". Der Staatssekretär dankte den Pflegern für ihren unermüdlichen Einsatz. Was in der ambulanten Pflege unter schwierigen Bedingungen geleistet werde, sei "herausragend".

brandenburg-volkssolidarität

[Zurück](#)

07.02.2019 brandenburg-volkssolidarität

LV Brandenburg e.V.: Aktuelles